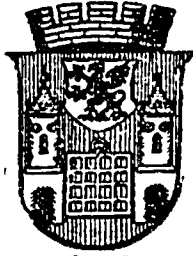


# Schwedter Tageblatt

Veröffentlichungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 33

Samstag, den 8. Februar 1930

37. Jahrgang

## Chronik des Tages.

Unter Leitung des Reichszanlers fand erneut eine Besprechung der Parteiführer mit den Kabinettsmitgliedern statt, in der Dr. Moldenhauer einen Bericht über die Finanzlage gab.

Mit einem guten Beispiel zur Sparbarkeit sind Reichspräsident und Reichsregierung vorgegangen, indem sie die parlamentarischen Bierabende ausgaben und die erzielten Beträge Wohlfahrtszwecken überweisen wollten.

Bei den rumänischen Wahlen erlangte die Regierung mit 75 Prozent der abgegebenen Stimmen einen großen Sieg.

Der österreichische Bundeskanzler erklärte, daß der mit Italien abgeschlossene Freundschaftsvertrag sich in nichts von ähnlichen schon bestehenden unterscheidet.

Nach Neuierungen des Stadtsyndikus im Strelitzer Schloß beträgt die Gesamtverschuldung der Stadt Berlin 1,24 Milliarden Reichsmark.

Deutsche Abgeordnete haben im polnischen Sejm mit erfreulicher Offenheit die Taktik der Regierung gegen die deutsche Minderheit geegnet.

dem mecklenburg-strelitzischen Staatsminister und den Parteiführern der Regierungsparteien andererseits stattgefunden. Eine von allen Parteien zu verantwortende Lösung der Anschließfrage müsse gefunden werden.

Der deutschnationale Abgeordnete von Waldow erklärte, die schlechte Finanzlage sei identisch mit der allgemeinen Landwirtschaftskrise, die Gesamtbelastung in Preußen halte den einzelnen in Mecklenburg-Strelitz vielleicht ungünstigeren Steuerverhältnissen die Waage. Dr. Forth (Soz.) Landrat des Amtes Strelitz, betonte ein Anschluß hätte eine erhebliche finanzielle Entlastung der Bürger des Freistaates zur Folge. Der Abgeordnete Dr. Heipery (DVP.) begrüßte den Mut der Staatsregierung, schon jetzt die Anschließfrage angeknüpft zu haben. Besonders erwähnte er die Belastung der Ämter und Gemeinden durch Wohlfahrtslasten. Preußen erlitt den Kreisen 70 v. H. dieser Lasten, die Strelitzischen Ämter und Gemeinden erhielten weit weniger.

## Wahlen in Rumänien.

Erfolge der Regierung.

Bukarest, 8. Februar.

Die Wahlergebnisse zeigen, daß die Regierung in ganz Rumänien nicht mehr als 200 000 Stimmen verloren hat. Im ganzen sind etwa 2 700 000 Stimmen abgegeben worden, wovon auf die Regierungsliste etwa zwei Millionen entfallen, während die Liberalen 550 000 Stimmen und die Rechtsopposition 150 000 Stimmen erhalten hat. Bemerkenswert ist der Stimmenzuwachs der liberalen Partei, die im Jahre 1928 185 000 Stimmen aufwies. Die Regierungspartei hat beinahe 65 v. H. aller abgegebenen Stimmen erhalten.

In Siebenbürgen und im Banat hat die Regierung in denjenigen Distrikten, wo sie mit den Minderheiten gemeinsam vorging, alle Sitze erhalten. In denjenigen Distrikten, wo die Minderheiten ihre eigenen Listen aufgestellt hatten, wie im Szekler Distrikt haben die Minderheiten gesiegt, während in Hermannstadt die deutsche Liste eine qualifizierte Minderheit errungen hat. In der Bukowina und in Bessarabien hatte die Liberale Partei nur in einem einzigen Distrikt eine qualifizierte Minderheit erreicht, in Alt-Rumänien dagegen in 27 Distrikten.

## Politische Rundschau.

Der Beamtenauschuß des Reichstages. Im Reichstagsauschuß für Beamtenangelegenheiten wurde die allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf für Beamtenvertretungen fortgeführt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Mostaus Kampf gegen die Kirche. Die G.M. hat den Bischof Pitirim in Chabarovsk wegen der Beteiligung an sowjetischer Propaganda im Fernen Osten verhaftet. Pitirim wird nach Omsk gebracht und vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Der amerikanische Diskontsatz auf 4 Prozent ermäßigt. Nachdem die Bank von England ihren Diskont von 5 auf 4,5 Prozent herabgesetzt hat, hat nunmehr auch die Federal Reserve Bank of New York, wie allgemein erwartet wurde, ihren Diskontsatz von 4,5 auf 4 Prozent ermäßigt.

## Ausweisung der reichsdeutschen Lehrer aus Memel.

Memel, 8. Februar. Die litauische Behörde hat den reichsdeutschen Lehrern im Memelgebiet folgende Mitteilung gemacht: „Die Zentralregierung ist nicht damit einverstanden, daß Sie als Reichsdeutscher im memelländischen Schulgebiet verbleiben. Es wird Ihnen daher die Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr erteilt werden, und Sie werden in kürzester Zeit das Memelgebiet verlassen müssen.“ Es handelt sich um sämtliche reichsdeutschen Lehrer, die zum 1. April ausgewiesen werden.

## Skandinavische Wirtschaftsunion?

Stockholm, 8. Februar. Großes Aufsehen erregte eine Unterredung, die der norwegische Ministerpräsident Mowindal einer Stockholmer Abendzeitung gegeben hat. Er erklärte darin eine wirtschaftlich-industrielle Zusammenarbeit der vier skandinavischen Länder für unbedingt notwendig, wenn diese nicht Ausnahmsobjekte für die ausländische Großfinanz werden wollten.

## Die Prügelstrafe in England.

London, 8. Februar. Innenminister Clines teilte im Unterhause mit, daß er die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Frage der Prügelstrafe und ihrer Wirkungen erwäge. Er sei sich klar darüber, daß die Ueberzeugung weit verbreitet sei, daß die Prügelstrafe zum mindesten für einige Klassen von Verbrechern das wirksamste Abschreckungsmittel darstelle, glaube aber, daß trotzdem die Frage der Abschaffung der Prügelstrafe für einige Arten der Verbrechen zu gegebener Zeit erwogen werden sollte. — Der kürzliche Selbstmord eines Gefangenen in einem englischen Gefängnis aus Furcht vor der Anwendung der Prügelstrafe hat die ganze Frage wieder in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung gerückt.

## Gewerkschaftsvorlage der englischen Regierung.

London, 8. Februar. Die Regierung wird innerhalb der nächsten vierzehn Tage die Gewerkschaftsvorlage im Parlament einbringen. Durch diese Vorlage verjucht die Regierung, die jeherzeit von den Konservativen vorgenommenen Änderungen im Sinne einer starken Beschränkung der politischen Aktivität der Gewerkschaften wieder rückgängig zu machen und insbesondere den Gewerkschaften wieder das Recht zu geben, politische Abgaben zu erheben. Von den Konservativen und Liberalen wird die neue Vorlage entschieden bekämpft.

## Beamtenwechsel in den hohen spanischen Behörden.

Paris, 8. Februar. Im spanischen Ministerrat wurde beschlossen, den Rücktritt aller Zivilgouverneure, mit Ausnahme der von Madrid und Barcelona, anzunehmen. Diese Entscheidung kann als die Einleitung eines politischen Programms der Regierung angesehen werden, die der Ansicht ist, daß die Neubesetzung der Posten nach genauer Prüfung der Persönlichkeiten vorgenommen werden müsse.

## Hindenburg beim Reit- und Fahrturnier.

Berlin, 8. Februar. Reichspräsident von Hindenburg besuchte das Reit- und Fahrturnier am Kaiserdamm, wo er mit dem Präsentiermarsch und nicht erdenklichen Hochrufen des überfüllten Hauses begrüßt wurde.

## Die Rohrbachwerke vor dem Haushaltsauschuß.

Berlin, 8. Februar. Im Haushaltsauschuß des Reichstages teilte ein Vertreter der Regierung mit, daß über die Rohrbachwerke am Montag durch eine Verammlung der Gesellschaft eine Klärung eintreten werde. Solange das Konkursverfahren nicht eröffnet sei, habe die Regierung grundsätzliche Bedenken, der Firma Aufwendungen für Löhne und Gehälter auch nur teilweise abzunehmen. Im Falle des Konkurses wolle sie jedoch den wirtschaftlich schwachen Arbeitnehmern und Kleinläubigern eine Unterstützung nicht verjagen und auf 200 000 M. der Darlehenssicherung gegenüber den Rohrbachwerken verzichten. Der Auschuß trat dieser Auffassung der Regierung bei.

## Haus der Heimat.

### Die diesjährigen Zabatpreise.

(Mitgeteilt vom Deutschen Tabakbauverband in Karlsruhe.)

Bei der am Freitag, den 21. Januar 1930 in Nürnberg stattgehabten Einschreibung des Kreisverbandes mittelfränkischer Tabakpflanzer wurden von den angeschlossenen 38 Tabakbauvereinen Preise von 33 bis 55 M. und Zuschläge bzw. Abzüge bis zu 20 Prozent erzielt. Zu bemerken ist noch, daß die Ernte 1929 in diesen farbigen Schneidguttabaken gering ausgefallen ist, weil die dortige Pflanzerschaft im letzten Jahre durch ein schweres Hagelwetter heimgejagt wurde, wodurch viele Tabakbestände ungepflügt werden mußten und wegen vorgeschrittener Jahreszeit nicht mehr neu bepflanzt werden konnten. Die erzielten Preise müssen als mäßig, zum Teil aber als gut bezeichnet werden, wofür letzteres uns für die dortigen notleidenden Pflanzler freut.

Die Würtembergische Landwirtschaftskammer meldet uns den Verkauf der Oberguttabake in Kofweg zum Preise von 47 M. pro Zentner, ferner in Metarweihingen zum Preise von 35 M. Des weiteren wurden in Württemberg verkauft die Tabake der Gemeinde Knittlingen zum Preise von 43—50 M. mit Zuschlägen bzw. Abzügen bis zu 10 Prozent.

Die Landwirtschaftliche Schule Angermünde berichtet: Tabakbauverein Schwedt a. D. 44 M. pro Zentner und 1 M. für Büscheln plus 10 Prozent Zuschläge.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern meldet durch ihren Sachverständigen, Herrn Direktor M o s s (Gatz a. D.):

Tabakbauverein Cumberow 45,50 M.

Gatz a. D. 45,—

Hoh.-Reinkendorf 45,50

Die drei bekommen Zuschläge bzw. Abzüge bis zu 20 Prozent.

Tabakbauverein Binnow 15,— M.

Fiddichow 43 und 45 M.

Rippervieje 40,— M. Anzahlung, Nachzahlung nach Ortspreis.

Freibau Cumberow 44,— M.

Aus Baden wurden nach folgende Zabatverkäufe gemeldet: Tabakbauverein der Badischen Landwirtschaftskammer Badersweier 51,50 M. mit Zuschlägen bzw. Abzügen bis zu 15 Prozent. Die Gemeinde Ling verkaufte ihre Oberguttabake aus der Ernte 1928 zu einem Preise von 59,50 M., die Gemeinde Hobbühn zu einem Preise von 51 M. Sieben andere

## Parteiführer und Reichsfinanzminister.

Um den Haushaltsplan 1930.

Berlin, 8. Februar.

Unter dem Vorsitz des Reichszanlers fand in Anwesenheit der Mitglieder des Reichskabinetts eine erste Aussprache mit den Führern der Regierungsparteien über die Gestaltung des Haushalts für 1930 statt.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erstattete hierzu einen ausführlichen Bericht, an den sich eine eingehende Erörterung schloß.

Im Anschluß an die Besprechungen werden sich die Parteiführer mit ihren Fraktionsvorständen in Verbindung setzen. Die Finanzsachverständigen der einzelnen Fraktionen werden alsdann Anfang nächster Woche die Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister aufnehmen.

An den Besprechungen nahmen teil die Abgeordneten Scholz, Japs und Cremer für die DVP., Esser und Brüning für das Zentrum, Leicht für die BVP., Koch, Reinhold und Meyer für die Demokraten und Herz, Breitscheid und Keil für die SPD.

## Die Grundlage der Verhandlungen

bildeten die im wesentlichen bekannten Steuerpläne des Reichsfinanzministers zur Auffüllung des Fehlbetrages von rund 900 Millionen. Obwohl in allen Parteien gegen die neuen Steuerpläne starke Bedenken erhoben wurden, glaubt man in beteiligten Kreisen doch, von

einem gemäßigten Optimismus

sprechen zu können, so daß es im Sinne des bekannten Zentrumschlusses gelingen könnte, noch vor der Beratung der Youngkommission im Reichstag eine grundsätzliche Einigung der Regierungsparteien über den Haushalt für 1930 zu ermöglichen.

## Ersparnisse für Wohlfahrts-einrichtungen

Abgabe der parlamentarischen Abende.

Berlin, 8. Februar.

Der Reichspräsident hat sich im Hinblick auf die ungünstige wirtschaftliche Lage entschlossen, die üblichen parlamentarischen Abende in diesem Jahre ausfallen zu lassen und den hierdurch ersparten Betrag der Hindenburg-Spende zur Vinderung der Not unter den Kriegserhinterbliebenen und Kriegsbeschädigten zu überweisen.

Auch die Reichsregierung hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt und den ersparten Betrag der Stadt Berlin zur Speisung bedürftiger Schulkinder zur Verfügung gestellt. Desgleichen hat der Reichstagspräsident unter Verzicht auf die parlamentarischen Bierabende die sich ergebenden Ersparnisse einer Wohlfahrts-einrichtung zur Vinderung der Notlage der langfristigen Arbeitslosen im Osten des Reiches überwiesen.

## Anschluß an Preußen?

Aussprache im Strelitzer Landtag.

— Mecklenburg, 8. Februar.

Die Haushaltsrede des Staatsministers Dr. von Reibnitz im Strelitzer Landtag bezeichnete den Staatshaushaltsplan für 1930/31 als Sparhaushalt. Er erwähnte die wachsende Verschuldung des Landes, die seit der Stabilisierung der Mark jährlich 2 Millionen Mark an Anleihen für die Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit erfordert habe.

Man müsse zur rechten Zeit in Anschlußverhandlungen eintreten. Amtliche Verhandlungen seien darüber noch nicht gepflogen worden. Es habe lediglich eine unverbindliche Fühlungnahme zwischen dem preussischen Minister des Innern und seinen zuständigen Deputierten einerseits und